

Vorwurf der Währungsmanipulation aus den USA

# Die Schweiz darf nicht kuschen

THOMAS FUSTER

Es kam, wie es kommen musste. Die Vereinigten Staaten haben die Schweiz offiziell als «Währungsmanipulator» bezeichnet. In einem seit Monaten überfälligen Bericht des amerikanischen Schatzamtes wird konstatiert, die Schweiz erfülle – zusammen mit Vietnam – alle Voraussetzungen für ein solches Verdikt.

Überraschend kommt der Entscheid nicht. So sind die fraglichen Kriterien öffentlich bekannt und mit konkreten Grenzwerten definiert. Dazu gehören ein hoher Überschuss im bilateralen Güterhandel, ein materieller Leistungsbilanzüberschuss und – vor allem – anhaltende Interventionen am Devisenmarkt. Diese Kriterien muten zwar etwas willkürlich an. Dass die Schweiz sie erfüllt, steht aber ausser Frage.

Niemand wird gern als Manipulator bezeichnet. Und der Vorwurf wiegt durchaus schwer. Doch glücklicherweise wirkt das Etikett bedrohlicher, als es im konkreten Fall sein dürfte. Denn das Prozedere der USA sieht keinen fixen Automatismus vor. Wer somit als Währungsmanipulator bezeichnet wird, muss nicht automatisch mit Gegenmassnahmen und Sanktionen rechnen.

In den USA werden nicht bereits Schlagbäume gegen unliebsame Exporte aus der Schweiz hoch-

gezogen. Es kommt lediglich zu Konsultationen zwischen den beiden Ländern. In ihrem Rahmen soll über die Währungspolitik und die ausenwirtschaftlichen Ungleichgewichte, welche die Vereinigten Staaten in der Schweiz zu erkennen glauben, diskutiert werden.

Diese Gespräche könnten unangenehm werden. Die Schweiz sollte deswegen aber nicht gleich in Schockstarre verfallen. Erstens wird dieses Verfahren von einer Regierung forciert, die schon bald abtreten muss. Ob die Mannschaft von Joe Biden in der Aussenwirtschaft ähnlich konfrontativ auftreten wird, bleibt abzuwarten.

Zweitens werden die von den USA definierten Kriterien den Schweizer Besonderheiten nicht gerecht. So weist die Schweiz im Güterverkehr mit den USA zwar einen hohen Überschuss aus. Beim Austausch von Dienstleistungen sieht die Sache aber schon weniger eindeutig aus. Und der hohe Leistungsbilanzüberschuss spiegelt vor allem eine hohe Sparquote in der Schweiz, nicht aber eine unterbewertete Währung.

Gewiss, es gilt als unschöne Sitte, den Wert einer Währung nicht dem freien Spiel des Marktes zu überlassen. Und die Schweizerische Nationalbank interveniert seit Jahren massiv am Devisenmarkt. Doch diese Eingriffe verfolgen nicht das Ziel, eine Unterbewertung des Frankens her-

beizuführen, um der einheimischen Exportindustrie auf unfaire Weise einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Die Motivation ist vielmehr geldpolitischer Art. So gilt der Franken als «sicherer Hafen», der in Zeiten der Verunsicherung viel internationales Kapital anzieht. Würde man diesen Zuströmen nur passiv zusehen, würde der Franken wohl markant aufgewertet, was über sinkende Importpreise zu einer deflationären Preisentwicklung beitrüge. Die Preisstabilität wäre somit gefährdet.

Notwendig ist vonseiten der Schweiz nun viel Aufklärungsarbeit, um diese Besonderheiten auch den amerikanischen Partnern zu vermitteln. Ihr kommt dabei zugute, dass diverse internationale Organisationen wie beispielsweise der Internationale Währungsfonds (IMF) oder die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) seit Jahren viel Verständnis zeigen für die Herausforderungen der Schweiz.

So verlockend es bisweilen sein mag, die ganze Staatenwelt über einen Leisten zu schlagen: Die Schweiz als kleine, offene Volkswirtschaft mit einer international gewichtigen Währung ist eben nur in begrenztem Mass vergleichbar mit Ländern wie Vietnam. Die Chancen, dass diese Einsicht auch in den USA reifen wird, sind intakt. Grund zum Kuschen gibt es keinen.



ZUGESPITZT

## Trump – wie immer unterschätzt

ANDREAS RÜESCH

Historische Momente werden im Getümmel des Zeitgeschehens oft in ihrer Tragweite verkannt. Kaum etwas illustriert dies besser als der Abgang des amerikanischen Justizministers William Barr, der diese Woche vor allem Häme auslöste. Eine besonders giftige Kolumnistin beschrieb Barrs Rücktrittsschreiben an Präsident Trump als das Werk eines Speichelleckers, der seinem Vorgesetzten sogar dann noch überschäumendes Lob zollte, als er von diesem vor die Tür gestellt wurde. Dabei hätte sich das Mass an Ehrerbietung gegenüber dem Präsidenten mühelos steigern lassen. Nur einmal gelingt es Barr, das Wort «you» vier Mal in einem Satz unterzubringen. Und wird man mit der Formulierung «Wenige hätten diesen Angriffen standhalten können» der einzigartigen Charakterstärke Trumps etwa gerecht? Nur flüchtig erwähnt Barr zudem dessen «präzedenzlose Errungenschaften».

Barr verschweigt zu viele dieser Erfolge: An erster Stelle ist die beispiellose Stärkung des staatsbürgerlichen Bewusstseins in den USA zu nennen. Nicht nur trat der Präsident Entscheidendes dazu bei, die Wahlbeteiligung in diesem Jahr um 15 Prozent zu steigern. Allein ihm zu verdanken ist auch, dass die Tagung des Wahlmännergremiums am Montag eine nie gekannte Aufmerksamkeit erhielt. Hatten die Medien das «Electoral College» früher als obskuren Auswuchs eines archaischen Wahlsystems abgetan, zeigten die grossen Fernsehkanäle nun live, wie die Wähler abstimmten.

Übergangen hat Barr auch das von Trump gesetzte Beispiel politischer Hartnäckigkeit: Während Al Gore vor 20 Jahren nach einem für ihn nachteiligen Urteil sogleich einknickte («Im Interesse unserer Einheit als Volk und der Stärke unserer Demokratie gestehe ich meine Niederlage ein»), kämpft Trump selbst nach zwei Supreme-Court-Entscheidungen weiter. Welche Inspiration dies ausübt, zeigt der Fall Ghana, wo der zweitplatzierte Präsidentschaftskandidat, auch als «Trump von Ghana» bekannt, nun ebenfalls auf seinen Sieg pocht. Apropos Ausland: Die Berichte, wonach eine amerikanische Militäreinheit in Deutschland bei einem Hersteller von Wahlsoftware Beweise für Betrug in den USA verschwinden liess, unterstreichen, wie überfällig der von Trump verfügte Truppenabzug aus Deutschland war. Dies und vieles mehr unterschlägt der gescheiterte Minister, der obendrein seine Untersuchung zu Wahlbetrug noch immer nicht abgeschlossen hat. Höchste Zeit, einen fähigeren Diener Justitias zu finden!

Die SP wird persönlich

# Billige Politik mit Toten

CHRISTINA NEUHAUS

«Nicht jeder Tod ist eine Katastrophe», Ruth Humbel, CVP. – «Unsere Gesellschaft hat verlernt, zu sterben», Bruno Damann, CVP. – «Wir haben mehr Tote, weil wir mehr testen», Andrea Gmür, CVP. – «Bei jedem Respekt vor jedem Todesfall: Ich wäre froh, ich würde das durchschnittliche Alter der Corona-Toten erreichen», Andrea Caroni, FDP.

Sind diese Sätze verwerflich? Zynisch? Verächtlich? Mitleidlos? Die SP, die diese Zitate zusammengetragen hat und sie auf sozialen Plattformen unter dem Titel «Best of bürgerliche Pandemiepolitik» teilt, lässt die Antwort auf diese Frage offen. Doch die Absicht ist klar. Die Botschaft lautet: Die SP kümmert sich um die Kranken, betrauert die Toten und sorgt dafür, dass die Menschen im Land gesund bleiben. Den bürgerlichen Parteien geht es nur um das Wohl der Wirtschaft. Die Menschen sind ihnen egal. Bürgerliche gehen über Leichen.

Das ist infam. Den zitierten Politikern wird damit nicht nur eine Mitschuld am Tod von 5600 Menschen unterstellt. Die SP nutzt die Angst und das Entsetzen vor den Folgen des Virus auch für Parteipolitik. Dieses unwürdige Schwarzpeterspiel mit den Toten läuft seit dem Beginn der Pandemie. Weniger auf der Strasse, in den Altersheimen oder

in den Läden als auf den sozialen Plattformen. «In einem Land, in dem sich sogar die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats gegen zusätzliche Massnahmen ausspricht, ist es nicht verwunderlich, dass so viele Tote einfach hingenommen werden.» Der letzte Satz stammt von einem bekannten Epidemiologen.

Hinter vielen solchen Äusserungen steht echte Wut, echte Angst, echte Sorge, echte Menschenliebe. Hinter einigen steht aber auch selbstgerechter Moralismus, der nicht viel kostet. Man hat ja keine Beiz, die pleitegeht, kein Geschäft, das schliessen muss, sondern einen gesicherten Lohn und einen warm gepolsterten Platz auf der Empore der Dauerempörten. Laut dem Bundesamt für Statistik waren 4089 an Corona Verstorbene über 80 Jahre alt, 1148 waren über 70, 339 über 60, 91 über 50, 17 über 40, 7 über 30. Darf man das schreiben? Ist schon Statistik pietätlos?

Die Sätze «Nicht jeder Tod ist eine Katastrophe» oder «Unsere Gesellschaft hat verlernt, zu sterben» zeugen nicht von Indifferenz gegenüber dem Sterben. Sie sind Meinungsäusserungen, wie sie viele Menschen in diesem Land mittragen würden. Wie klug es von Politikern war, solche Sätze in Diskussionssendungen zu äussern, ist eine andere Frage. Unter dem Titel «Best of sozialdemokratische Pan-

demiepolitik» liessen sich allerdings auch mühelos fragwürdige Zitate von SP-Politikern zusammentragen, unter ihnen mindestens ein Magistrat.

Ein längst pensionierter Politiker hat kürzlich am Rande einer Veranstaltung eine Geschichte erzählt: In seinem Umfeld hatte sich ein hochbetagter Krebspatient mit dem Virus angesteckt. Als er starb, sollte er als Covid-19-Opfer registriert werden. Dagegen wehrte sich seine Witwe. Sie sagte: «Wenn die Leute wissen, dass er an Krebs gestorben ist, wissen sie auch, dass sein Tod unvermeidlich war. Wenn steht, er sei an Corona gestorben, sagen sie, ich hätte ihm nicht genügend gut geschaut.» Sie hatte Angst davor, dass man ihr die Schuld am Tod ihres Mannes gibt.

Ist jeder Tote einer zu viel? Natürlich. Haben wir Fehler gemacht? Natürlich. Es sterben zu viele Menschen in Pflegeheimen. Auf den Intensivstationen liegen zu viele an Covid-19 Erkrankte. Die Schweiz muss für ihre Versäumnisse und Fehleinschätzungen geradestehen und sie aufarbeiten. Doch nicht jeder, der auf das hohe Durchschnittsalter der Verstorbenen verweist, über die Auswirkungen von Vorerkrankungen spricht, einen Zusammenhang zwischen Testaktivität und Todesfallstatistik herstellt, ist ein Menschenverächter. Verachtung ist, mit Toten billige Politik zu machen.

Ausstieg aus der Atomenergie

# Ein Alleingang Zürichs bringt nichts

ADI KÄLIN

Die Zürcher Stimmberechtigten haben am 5. Juni 2016 beschlossen, dass die Stadt bis 2034 vollständig aus der Atomenergie aussteigen soll. Sie muss sämtliche Beteiligungen, die sie noch hat, bis zu diesem Zeitpunkt abtossen, und sie darf auch keinen Strom aus Atomkraftwerken mehr beziehen. Das sagt und schreibt sich leicht, zu erfüllen aber ist die Forderung kaum. Das hat sich erst vor wenigen Wochen gezeigt: Der Stadtrat musste mitteilen, dass er mit viel Geld (2,2 Millionen Franken) und eingekauftem Fachwissen einen Käufer für die städtischen AKW-Anteile gesucht – und auf der ganzen Welt keinen akzeptablen gefunden hat. Zürich ist heute zu 15 Prozent am Werk Gösgen beteiligt und hält – über die Aktiengesellschaft für Kernenergiebeteiligungen – auch Anteile an Leibstadt und den französischen Werken Bugey und Cattenom.

Zürich wird seine Anteile höchstwahrscheinlich auch in den nächsten Jahren nicht los; es dürfte sogar noch schwerer werden, wenn das Ende der Laufzeit der Werke naht. Die Schweizer Atomenergiepolitik sieht ja vor, dass keine neuen Werke erstellt, die bestehenden aber wei-

terbetrieben werden dürfen, solange sie sicher sind. Und solange sie finanziell tragbar sind, muss man wohl anfügen, denn für die Stilllegung des Werks Mühleberg im letzten Jahr spielten wirtschaftliche Überlegungen eine zentrale Rolle.

Die Stadt Zürich ist also, ob sie will oder nicht, Miteigentümerin und -betreiberin verschiedener Atomkraftwerke – und das wohl noch für längere Zeit. Es geht nun darum, wie man einigermaßen anständig und schadenfrei die Zeit übersteht, bis die letzten Werke in der Schweiz tatsächlich abgeschaltet werden können. Die überstürzte Verkaufsoffensive war da ebenso wenig hilfreich wie diesen Mittwoch die Verweigerung eines Kredits an die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) durch das Zürcher Stadtparlament.

Die KKG plant Investitionen von gut 170 Millionen Franken, um den Betrieb ihres Werks sicherer zu machen – und selbstverständlich auch, um es noch möglichst lange betreiben zu können. Vor allem der zweite Punkt ist für SP, Grüne und GLP unerträglich. Ihr Verhalten ist konsequent; wenn das Stadtzürcher Stimmvolk schon den Ausstieg bis 2034 beschlossen hat, will man eben nichts unternehmen, was die Laufzeit eines einzelnen Werks noch um Jahre oder Jahr-

zehnte verlängern könnte. Mit einem eher pragmatischen Blick müsste man allerdings einsehen, dass alle Bemühungen, von den ungeliebten Beteiligungen loszukommen, nutzlos sind und lediglich städtische Steuergelder in Millionenhöhe verschlingen.

Im konkreten Fall hält sich der Schaden allerdings in Grenzen. Wenn Zürich jetzt das Aktionärsdarlehen von 50 Millionen Franken an die KKG platzen lässt, holt sich das Unternehmen das Geld eben auf dem Markt – was vermutlich nur unwesentlich teurer werden dürfte. Einen allfälligen Mehrbetrag zahlen aber nicht nur die übrigen Aktionäre, von denen Alpiq und Axpo die grössten sind. Auch die Stadt Zürich selber muss sich ja als Miteigentümerin an den Zusatzkosten beteiligen.

Am Ende ist das, was der Zürcher Gemeinderat beschlossen hat, nicht mehr als Symbolpolitik, die niemandem nützt, aber auch niemandem gross schadet. Dahinter steckt allerdings ein grundsätzliches Problem: Der Zürcher Gemeinderat verantwortet eines der grössten öffentlichen Budgets der Schweiz und fühlt sich deshalb gelegentlich zu Höherem berufen. Von der Limmat aus Bundespolitik machen zu wollen, bringt aber definitiv niemandem etwas.